Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

25.10.2016

Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung
des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde
am 06.10.2016, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 19. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 08.09.2016

4. Feststellung der Tagesordnung

5. Informationen des stellv. Vorsitzenden

6. Einwohnerfragestunde

7. Informationen aus der Stadtverwaltung

8. Informationsvorlagen

9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und der Beauftragten gem. Hauptsatzung

10. Information und Diskussion zur Arbeit des DREIST e. V. und Informationen zur institutionellen Förderung durch die Stadt Eberswalde

11. Diskussion hinsichtlich der Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde

12. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

12.1. **Vorlage: BV/0275/2016** Einreicher/zuständige Dienststelle:
40 – Amt für Bildung, Jugend und Sport

Richtlinie für die kommunale Förderung des Sports in der Stadt Eberswalde
(1. Lesung)

12.2. **Vorlage: BV/0335/2016** Einreicher/zuständige Dienststelle:
02.22 – Jugendkoordinatorin

Vergabe der Trägerschaft für die Sozialarbeit an der Grundschule "Schwärzesee"

12.3. **Vorlage: BV/0336/2016** Einreicher/zuständige Dienststelle:
02.22 – Jugendkoordinatorin

Vergabe der Trägerschaft für die Sozialarbeit an der Grundschule Finow

12.4. **Vorlage: BV/0337/2016** Einreicher/zuständige Dienststelle:
02.22 – Jugendkoordinatorin

Vergabe der Trägerschaft für die Sozialarbeit an den städtischen Grundschulen in einer Springerposition mit Hauptstandort an der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule im Wechsel mit der Grundschule Finow und der Grundschule „Schwärzesee“

TOP 1
Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Herrmann, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS), eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2
Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Herrmann stellt fest, dass:
- form- und fristgerecht geladen wurde, **9 Stadtverordnete** anwesend **(Anlage 1)**
- der ABJS beschlussfähig ist, keine Einwendungen

TOP 3
Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 19. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 08.09.2016

Herr Herrmann
- keine schriftlichen Einwendungen

Herr Zinn
- redaktionelle Änderung: Seite 9, letzter Absatz (Herr Gatzlaff), letzter Anstrich: es muss richtig heißen **„**Einwohner**versammlung“** u. nicht **„**Einwohner**fragestunde“**

TOP 4
Feststellung der Tagesordnung

Herr Zinn
- möchte wissen, wer den TOP 12.1 leiten wird bzw. ob das Mitwirkungsverbot geklärt ist

Herr Herrmann
- Herr Gatzlaff u. Herr Kuhnke, Mitarbeiter des Amtes für Bildung, Jugend u. Sport, werden sich zu diesem TOP äußern
- jeder wird selbst wissen, ob er an der Diskussion teilnehmen kann

Herr Zinn
- ist der Ansicht, dass Herr Herrmann als Vorsitzender eines Sportvereins d. Mitwirkungsverbot unterliegt zu diesem TOP

Herr Herrmann
- wird sich an der heutigen Diskussion zu diesem TOP nicht beteiligen

Herr Gatzlaff
- Herr Zinn meinte wahrscheinlich, ob d. Sitzungsleitung übergeben werden müsste, falls Herr Herrmann Stellung zu diesem TOP nehmen sollte; aus seiner Sicht nicht erforderlich; kein unmittelbarer Vorteil für seinen Verein, allenfalls ein mittelbarer Vorteil
- kein Problem, wenn Herr Herrmann d. Sitzung weiterleitet u. an der Diskussion mitwirkt

Herr Herrmann
- heute keine Teilnahme an d. Diskussion; er wird sich mit dem Sachverhalt auseinandersetzen

Herr Zinn
- nimmt die Rechtsauffassung zur Kenntnis
- regt an, den Sachverhalt vom Rechtsamt prüfen zu lassen; evtl. Info in der 2. Lesung

Abstimmungsergebnis über die Tagesordnung: - einstimmig angenommen -

Anmerkung der Verwaltung:
Die Prüfung des Rechtsamtes ergab, dass ein Mitwirkungsverbot bei einem Beschluss zu allgemeinen Förderrichtlinien nicht gegeben ist (Anlage 2).

TOP 5
Informationen des stellv. Vorsitzenden

Herr Jede nimmt an der Sitzung ab 18:20 Uhr teil **(10 Stadtverordnete anwesend)**.

Herr Herrmann
- führt etwas Grundsätzliches zur Kommunikation u. zum Miteinander in diesem Ausschuss aus: Ausschussmitgl. sollten sich während u. im Nachgang d. Ausschusssitzung mit Respekt u. Anstand streiten sowie stets fair miteinander umgehen; sachliche Diskussionen u. Kritiken stärken d. Ausschussarbeit; öffentliche Diffamierungen, üble Nachrede u. Anlass zu Kommentaren sollten nicht Teil ihres ehrenamtlichen Handelns sein; Rundmails durch E-Mail-Verteiler sind öffentlich, sollten aber solche öffentl. Beleidigungen wiederholt gegenüber seiner Person stattfinden, wird er die ihn zur Verfügung stehenden rechtl. Mittel ausschöpfen

Herr Zinn
- keine Rundmail verschickt; muss nicht den stellv. Ausschussvorsitzenden fragen, ob er dieses darf; die Mail war über einen geschützten Verteiler weitergeleitet worden
- der Ausschussvorsitzende/stellv. Ausschussvorsitzende sollte, wenn eine Fraktion zum wiederholten Male einen TOP beantragt, diesen auch auf die TO setzen

TOP 6
Einwohnerfragestunde

6.1. Bürgerin, Prenzlauer Straße, 16227 Eberswalde:
- arbeitet in d. Eltern-Kind-Gruppe „Spielzeit“ für Migranten u. Asylanten
- es gibt zu wenig Kita- u. Hortplätze → Wie sieht es in der Zukunft aus?

Herr Gatzlaff
- weist darauf hin, dass die Schaffung v. Kita-Plätzen eine Aufgabe des LK Barnim ist

Frau Ladewig
- derzeit 1.464 Kinder in Kitas städt. Trägerschaft; per 01.11.2016 weitere Aufnahme v. 64 Kindern (gesamt: 1.528 Kinder); Vergleich zum Jahr 2015: 90 Kinder mehr in städt. Kitas
- die Zahl der derzeit vorliegenden offenen Anträge (Kinder, die einen Rechtsanspruch haben, aber derzeit kein Platz angeboten werden kann), beträgt insg. 235 Anträge, davon sind 155 von Flüchtlingsfamilien u. 80 von Ebw. Familien (mindestens ein Elternteil zu Hause)

- die Übersicht über betreute Kinder in Kitas städtischer u. freier Trägerschaft mit Stand vom 01.10. 2016 wird der Niederschrift beigelegt **(Anlage 3)**

6.2. Bürger, Bahnhofstraße, 16227 Eberswalde:

- dankt d. Vw für die schriftliche Beantwortg. seiner Anfrage (Welche städtischen SchülerInnen im Westend-Stadion Sport treiben); etwas global gehalten; hätte detailreicher sein können
- möchte seine persönliche Meinung kundtun bzgl. der Diskussion Zusammenführung von Ausschüssen
- ist Mitarbeiter einer Sozialverwaltung in einer anderen Kommune u. als Jugend- u. Sportinformierter in dieser Kommune hier, er ist gegen die beabsichtigte Zusammenlegung d. Ausschüsse: Kultur, Soziales u. Integration (AKSI) + Bildung, Jugend u. Sport (ABJS) → Grund: die Zusammenlg. der sechs einzelnen Themenbereiche wäre ein Monsterausschuss
- d. Stadtverordneten der Stadtverordnetenversammlung Bernau haben mittlerweile erkannt, dass der dort nämlich so existierende Ausschuss nicht gerade sehr zielführend ist
- verweist auf den § 2 Artikel 4 d. Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Ebw. → BürgerInnen, die zu mehreren Themen Anfragen haben, wären dann ausgeschlossen (Frageberechtigte dürfen nur zu zwei Angelegenheiten Stellung nehmen)

TOP 7
Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Gatzlaff informiert:

- über die Ausstellung „Mythos Europa“, die derzeit in d. temporären Kunsthalle des E.I.C.H.E. e. V. stattfindet; in diesem Rahmen gab es eine Veranstaltung zum „Bürgerdialog“; die Veranstaltungsreihe zur Ausstellung wird am 10.10.2016 mit einem Benefizkonzert zu Gunsten des Vereins AMCHA Deutschland e. V. fortgesetzt; Beginn: 19:00 Uhr; Ort: E.I.C.H.E.- Informationszentrum, Brunnenstr. 26 a; es spielt die Band Post Holocaust Pop aus Berlin
- über ein Schreiben vom SV Waldhof Spechthausen e. V.; der Vorsitzende + SportlerInnen danken den Stadtverordneten + Verwaltung (Vw) für d. Sanierung der Brunnenanlage
- über den 10. Eberswalder Stadtlauf, der am 18.09.2016 mit großem Erfolg u. Unterstützung durch d. Vw + „Partner für Gesundheit“ e. V. stattfand; Herr Gatzlaff dankt allen beteiligten Mitarbeitern d. Amtes für Bildung, Jugend u. Sport u. d. Amtes für Beschäftigungsförderung, die eine organisatorische Hilfestellung geben konnten
- informiert über den Film „Captain Fantastic“, der heute als Flyer auf d. Tisch liegt **(Anlage 4)**

Frau Ladewig informiert:

- 20.09.2016: 50. Geburtstag der Kita „Nesthäkchen“
- 23.09.2016: 30 Jahre Käferchor der Kita „Haus der fröhlichen Kinder“
- 27.09.2016: Auszeichnungsveranstaltung des Hauses der kleinen Forscher; die Kita „Villa Kunterbunt“ konnte zum dritten Mal ihren Titel verteidigen
- am 07.10.2016, 10.00 Uhr, wird die Kita-Ausstellung zum Thema: „Kunst aus Naturmaterialien eröffnet, diese kann vom 07.10. - 20.10.2016 im Rathaus (2. Etage) besichtigt werden

- am 12.10.2016 findet von 9.00 - 11.00 Uhr die 1. Kinderklimaschutzkonferenz statt; Interessierte sind ganz herzlich eingeladen
- am 14.09.2016 erfolgte die Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses (LK Barnim) zur Aufnahme der Kita Morgenglanz (Träger: Waldorfpädagogik Barnim e. V.) in den Kita-Bedarfsplan des LK Barnim

Frau Forster-König:
- die Naturlines für Skater-, Scooter- u. BMX-Fahrer am Bolzplatzareal Kupferhammerweg/ Boldtstr. (Nähe Finowkanal) wurden fertiggestellt; Jugendliche v. Gymnasium Ebw. haben mitgewirkt; Impressionen werden d. Niederschrift beigelegt **(Anlage 5)**
- erinnert an d. ABJS im Juni; Graffitiprojekt mit mehreren Standorten in Ebw. → ABJS schlug ein gemeinsames Graffitiprojekt mit deutschen + polnischen Jugendlichen vor, welches am vergangenen Wochenende in Cedynia mit insgesamt 12 deutschen + polnischen Jugendlichen startete; vier weitere Termine sind geplant; Projektabschluss: Oktoberferien; das Ergebnis wird im ABJS präsentiert
- die Vw informierte in d. letzten Sitzung d. ABJS, dass sie ein neues Format zum Kinder- u. Jugendparlament (KJP) bzw. Kinder- u. Jugendbeteiligung angehen wird; d. Vorsitzende des KJP kündigte formalen „Auflösungsbrief" an → Vw informiert im nächsten ABJS ausführlicher; Termine mit Jugendlichen: 14.10. + 04.11.2016 zur Vorbereitung eines offenen Jugendforums am 09.12.2016, im EXIL; Interessierte sind zur Ergebnispräsentation herzlich eingeladen
- im letzten ABJS erfolgte die Info., dass für die Kinder- u. Jugendarbeit noch finanzielle Mittel (ca. 50 T€) zur Verfügung stehen; einige Förderanträge sind eingegangen, es stehen trotzdem noch finanzielle Mittel zur Verfügung; Interessierte können weiterhin Anträge stellen
- erinnert an d. Stadtverordnetenversammlung im Juni; dort Beschluss gefasst, den Leistungsvertrag zur Jugendkoordination u. Jugendförderung zwischen der Stadt Ebw. + dem LK Barnim abzuschließen; Bestandteil des Beschlusses waren die Unterverträge mit den Trägern der Jugendförderung → werden derzeit durch d. Rechtsamt + Rechnungsprüfungsamt geprüft; die Finanzierung der Träger ist gesichert (Zuwendungen)

TOP 8
Informationsvorlagen

- keine

TOP 9
Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und der Beauftragten gem. Hauptsatzung

Herr Zinn
- bittet darum, den Fraktionen das Zahlenmaterial (Anzahl der Kinder in der Stadt Ebw.) zeit-

nah zur Verfügung zu stellen
- fand die Veranstaltung „Mythos Europa“ nicht sehr gut, wie viele andere auch
- der städtische Bildungsausschuss sollte in d. Zusammenarbeit mit d. LK Barnim einen aktiven Beitrag leisten u. nicht ständig in Konfrontation mit ihm gehen
- in Bezug auf d. Flyer (Film: Captain Fantastic, Einritt: 6,00 €) interessiert ihn, warum der Eberswalde-Pass hier nicht zur Anwendung kommt
- in d. MOZ war zu lesen, dass Schüler aus d. Clara-Zetkin-Siedlung nicht mehr eingeschult werden an der GS Lichterfelde, sondern an der GS Finow; Welche Gründe gibt es dafür?
- die Vw informierte, dass die Waldorfkita in den Kita-Bedarfsplan des LK Barnim aufgenommen wurde; er merkt dazu an, dass die städtische Richtlinie im Übrigen rechtskonform war
- in d. Einwohnerfragestunde sprach vorhin eine Bürgerin, die in d. Eltern-Kind-Gruppe für Migranten- u. Asylantenkinder das Projekt „Spielzeit“ leitet, dass zum Ende des Jahres ausläuft; er fragt, ob es für dieses Projekt schon Überlegungen gibt für eine Anschlussförderung
- im gestrigen AKSI wurde zum Sachstand d. Familienzentrums informiert; er nahm an, dass auch hier eine Info. erfolgt, weil er zu den gestrigen Info. noch Nachfragen hat → positiv: Vw ist mit den Geschäftsführern ins Gespräch gekommen; er ist gegen eine Ansiedlung des Familienzentrums im Einkaufszentrum Heidewald (keine Barrierefreiheit)

Herr Gatzlaff nimmt zu den Anfragen wie folgt Stellung:
- zum Film „Captain Fantastic“: mit d. Filmreihe soll das Movie Magic Kino unterstützt werden; d. Stadt steht in Koop. mit dem Kino, damit alle Ebw. die Möglichkeit haben, sich Filme mit bildungspolitischem Hintergrund anzusehen; d. Preis für den besonderen Film ist ermäßigt; Stadt kann Kinobetreiber nicht verpflichten, den Eberswalde-Pass anzuerkennen; Familien o. Personen mit geringem Einkommen können sich im BBZ, unter d. Rubrik „Kopfkino“, kostenlos Filme ansehen (jeden 3. Mittwoch im Monat, Beginn: 15:00 u. 18:00 Uhr)
- in Bezug auf d. Aufnahme der Waldorfkita in dem Kita-Bedarfsplan d. LK Barnim hätte d. Vw die Möglichkeit gehabt, dagegen vorzugehen, was sie aber nicht tat; gemäß den gesetzlichen Vorschriften, erhält jetzt die Waldorfkita die finanzielle Förderung durch die Stadt
- das Staatliche Schulamt Frankfurt/Oder hatte von sich aus festgestellt, dass es auch mit den Kindern aus d. Clara-Zetkin-Siedlung nicht gereicht hätte, eine erste Klasse an d. GS Lichterfelde aufzumachen; Schulamt untersagte die Beschulung an der GS Lichterfelde; die Kinder aus der Clara-Zetkin-Siedlung besuchen daher Eberswalder Schulen
- bzgl. des Familienzentrums gab es v. Seiten der Stadt d. Überlegung, mit dem bisherigen Träger (Verein für Ambulante Versorgung Höhenschönhausen e. V.) weiterzumachen; der Träger hat der Stadt zwei Varianten angeboten:
    1) die Trägerschaft wird unter Berücksichtigung der Kosten für die geforderte Barrierefreiheit im Heidewaldzentrum fortgesetzt
    2) sollte ein neuer Träger das Familienzentrum übernehmen, würde er diesen für maximal ein Jahr fachlich begleiten

  die Vw prüft, welche Variante zum Tragen kommt; Fr. Bunge nimmt Kontakt mit zwei Trägern auf u. wird einen Vorschlag im zuständigen Ausschuss (AKSI) unterbreiten

Herr Zinn
- meint, dass nicht der Träger die Barrierefreiheit herzustellen hat, sondern d. Vermieter
- ist gegen die Verlegung des Familienzentrums ins Einkaufzentrum Heidewald

Herr Gatzlaff
- widerspricht Herrn Zinn, es ist Aufgabe d. Anbieters der Sozialberatungsleistung die Barrierefreiheit herzustellen
- die Vw prüft verschiedene Varianten u. wird die optimalste vorschlagen (Sozialberatungs-, Kosten- u. Lageaspekt)

Frau Ladewig
- das Projekt „Spielzeit“ fällt in d. Aufgabenbereich v. Frau Bunge; d. Projekt wird weiter gefördert

TOP 10
Information und Diskussion zur Arbeit des DREIST e. V. und Informationen zur institutionellen Förderung durch die Stadt Eberswalde

Herr Herrmann
- die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde hat per E-Mail vom 18.09.2016 den heutigen TOP beantragt **(Anlage 6)**
- gibt das Wort an d. Antragsteller

Herr Zinn
- hätte gerne v. Herrn Herrmann gewusst, ob er unterbunden hat, dass die E-Mails betreffend des DREIST e. V., heute nicht im ABJS ausgelegt werden
- merkt an, dass die E-Mails auch im gestrigen Sozialausschuss blockiert wurden
- dankt dem Sitzungsdienst, der die E-Mails entsprechend weitergeleitet hat

Herr Herrmann
- hat die Mails bekommen; grundsätzlich ging die Bitte an die Stadtverwaltung
- hat mit der Vw gesprochen u. dafür geworben; die Begründung wird Herr Gatzlaff geben

Herr Gatzlaff
- Herr Zinn hatte im Namen seiner Fraktion beantragt, die Mails über den großen E-Mail-Verteiler zu versenden, dem kam der Sitzungsdienst nach
- Ausschussmitgl. hätten d. Unterlagen heute gar nicht erfassen können in der Schnelle
- Fraktionen können sich mit dem Thema auseinandersetzen; die Schreiben (LK + Stadt) zur Förderung des Trägers DREIST e. V. werden, wie beim AKSI, der Niederschrift beigelegt **(Anlage 7)**; bei Fragen nimmt die Vw selbstverständlich Stellung
- der Träger wurde heute eingeladen; außerdem wird Fr. Forster-König zum Sachverhalt Stellung nehmen → Stadtverordnete können sich dann einen vollständigen Überblick verschaffen

Herr Zinn
- beantragt das Rederecht für Frau Sieber (DREIST e. V.) u. für Frau Schwaz-Fink (Paritätischer Landesverband Brandenburg e. V., Regionalbüro Uckermark/Barnim)

Herr Herrmann
- stellt das Rederecht für Frau Sieber u. Frau Schwaz-Fink zur Abstimmung
- stellt fest, dem Rederecht wird **einstimmig zugestimmt**

Frau Schwarz-Fink
- der Paritätische Wohlfahrtsverband ist der Dachverband für den Verein DREIST e. V., der bei ihnen Mitglied ist u. dbzgl. darum bat, heute hier zum Sachverhalt vorzutragen → der Redebeitrag liegt der Niederschrift bei **(Anlage 8)**

Herr Gatzlaff
- die Vw hat mit dem Träger gesprochen; Fr. Forster-König wird später informieren
- betont, dass es nicht um eine Kürzung geht, sondern um eine Umstellung der Finanzierung
- die Info. erfolgte bereits am 11.05.2016 im ABJS

Frau Sieber
- verteilt an alle Ausschussmitgl. den Brief über die Förderung des Vereins **(siehe Anlage 7)**
- hält eine PPP zur Arbeit des Vereins DREIST e. V. **(Anlage 9)**

Frau Forster-König
- hält eine PPP zum Sachverhalt u. den Rechtsgrundlagen des DREIST e. V. **(Anlage 10)**
- führt am Ende des öffentlichen Teils ihrer PPP aus, dass sie noch weitere Informationen hätte, die aber nicht öffentlich sind

Herr Gatzlaff
- es handelt sich dabei um Informationen aus dem Zuwendungsverfahren
- die Vw benötigt jedoch die Zustimmung des Vereins, um den Sachverhalt öffentlich zu machen, ansonsten müsste jetzt die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden, damit die Ausschussmitglieder die Info. erhalten

Herr Herrmann
- fragt Frau Sieber, ob sie mit dieser Verfahrensweise einverstanden ist u. die nicht öffentliche Information der Vw jetzt im öffentlichen Teil behandelt wird

Frau Sieber
- bejaht die Anfrage v. Herrn Herrmann; es ist alles transparent, was den Träger angeht

Herr Herrmann
- stellt fest, dass somit das Einverständnis des Trägers gegeben ist
- bittet die Vw, ihre nicht öffentliche Information jetzt im öffentlichen Teil vorzutragen

Frau Forster-König
- setzt ihre PPP mit dem nicht öffentlichen Teil fort **(siehe Anlage 10)**

Herr Gatzlaff
- ergänzt: der Verein hatte im letzten Jahr offenbar einen durchschnittlichen Kontobestand im fünfstelligen Bereich; Vw bat um Aufklärung mit Blick auf den Grundsatz der Nachrangigkeit von Fördermitteln; Vw wurde d. Einblick verwehrt → nach dieser Regel wäre nicht zu fördern

Frau Kersten
- glaubt nicht, dass sich der Träger rechtfertigen muss, wegen des fünfstelligen Betrages auf seinem Konto → Träger braucht Rücklagen
- Träger kann seine Gemeinnützigkeit über Finanzamt nachweisen
- versteht nicht, warum bei Projektförderung über die institutionelle Förderung o. Projektförderung gestritten wird, weil diese letztendlich auch beinhaltet, dass über d. Sachkosten auch Räumlichkeiten mit finanziert werden können, die für diese Projekte benötigt werden
- sieht keinen Nachteil für den Träger, wenn er eine Projektförderung erhält

Herr Gatzlaff
- erklärt, dass Fr. Forster-König im Frühjahr zu ihm kam, weil sie mit d. Förderung d. Vereins, der bisher mit 5 T€ institutioneller Förderung gefördert wurde, Probleme hat bzgl. der Richtlinie → Herr Gatzlaff bestand auf Einhaltung d. Vorschriften u. d. städtischen Richtlinie (RL)
- aus d. RL können keine Beratungsstellen gefördert/institutionelle Förderungen beschieden werden → Vw möchte weiter fördern, aber rechtskonform
- einfachste Variante: Vw gibt Aufträge an Verein zur Schulung ihrer Erzieher (Schutzkonzepte u. Vereinbarung mit LK Barnim weiter ausbauen)
- Stadt hat für d. Finanzierung der Beratungsstelle auch keine rechtliche Verpflichtung (ist Aufgabe d. Landkreises) → gut, dass es diese Beratungsstelle aber gibt
- Fr. Forster-König wurde nach dem Gespräch mit dem Bürgermeister u. dem Verein beauftragt, die institutionelle Förderung i. H. v. 5 T€ sicherzustellen → nach wie vor gilt die Offenlegung, ansonsten keine Förderung
- widerspricht Fr. Sieber, was die Projektförderung angeht; der Bürgermeister hat festgelegt, dass die Kita-Leiterinnen entscheiden, ob sie das Angebot in Anspruch nehmen u. davon hängt die Projektförderung ab
- bedauert den Fehler mit dem Schreiben, die institutionelle Förderung einzustellen, ohne die Ergänzung gemacht zu haben, was sonst diskutiert wurde
- der Verein erwähnte bisher nicht, dass die Vw Alternativangebote unterbreitet hat
- wünscht sich eine bessere Kooperation zwischen Verein u. Stadt sowie eine Fortsetzung der Beratungstätigkeit des Vereins in den Kitas

Frau Sieber
- hatte nur ein Gesprächstermin bei Herrn Gatzlaff, wo sie ihre Projekte vorstellte
- Anschlussgespräch bei Fr. Forster-König → Verschlankung der Finanzierung; danach Gespräch beim Bürgermeister
- bei der Projektförderung kann der Träger nur die Sachkosten abrechnen, also keine Miet-/ Betriebskostenanteile
- der Träger muss seine Konten nicht aufdecken; aber abrechnen, was gefördert wurde

Frau Schwarz-Fink
- der Ausschuss sollte sich mit der RL beschäftigen u. diese juristisch prüfen lassen
- Verein muss nicht seine gesamten Konten offenlegen, um eine Förderung zu bekommen
- interessiert, woher Herr Gatzlaff die Information zu den Beträgen hat

Herr Gatzlaff
- die Beträge (Kontostände) sind aus d. Abrechnungen des Trägers aus dem Vorjahr ersichtlich
- die Vw legt den Zuwendungsbescheid u. die Festlegung als Anlage der Niederschrift bei u. markiert, dass die Kontenbelege offen sowie dem Rechnungsprüfungsamt zur Einsichtnahme vorzulegen sind **(Anlage 11)**

Herr Herrmann
- zwischen Träger u. Stadt gibt es offensichtlich Kommunikationsschwierigkeiten; Lösungsansätze sind vorhanden → Gespräche sollten dringend fortgesetzt werden

Herr Zinn
- merkt an, wenn d. Ausschussmitgl. die PPP von Fr. Forster-König mit den Unterlagen bekommen hätten, könnten sie sich heute zu einem umfangreicheren Meinungsbild äußern
- konnte der PPP von Fr. Forster-König nur schwer folgen → nicht barrierefrei

Herr Gatzlaff
- nimmt Bezug auf d. Anfrage v. Herrn Markmann, der sachk. Einwohner im Finanzausschuss (FA) ist; Herr Markmann bezog sich dabei auf den § 28 Abs. 2 Nr. 1 der BbgKVerf. u. meinte, dass der FA die Umstellung der Finanzierung d. Angebote u. Leistungen d. Jugendförderung hätte behandeln müssen; die Anfrage u. Beantwortung liegt d. Niederschrift bei **(Anlage 12)**
- zitiert den § 28 Abs. 2 Nr. 1 → es ist nur das interne Verhältnis gemeint**,** wie bspw. Verwaltungsleitbild entscheiden, möglicherweise auch Grundsätze in der Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister u. Dezernenten
- die Vw unterbreitet dem Verein zwei Vorschläge:
  1) die Zusage des Bürgermeisters: die institutionelle Förderung ist sicherzustellen, wenn der Verein sich das wünscht mit den Spielregeln, die die RL dazu vorsieht <u>oder</u>
  2) der Verein erhält eine Auftragsfinanzierung durch die Vw
- schlägt dem Verein vor, in einem Gespräch die Vor- u. Nachteile zu erörtern
- bittet die Politik, sich mit den Unterlagen zu beschäftigen

- die Vw berichtet im übernächsten ABJS über das Ergebnis (H. Gatzlaff im Urlaub)
- weist darauf hin, sollte sich der Verein für die institutionelle Förderung entscheiden, wird die Vw eine entsprechende Beschlussvorlage vorbereiten

Herr Herrmann
- begrüßt den Vorschlag der Vw; Träger u. Vw sollten sich zusammensetzen

TOP 11
Diskussion hinsichtlich der Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde

Herr Zinn
- ging davon aus, dass heute bei allen Ausschussmitgl. das Positionspapier **(Anlage 13)** seiner Fraktion (Alternatives Wählerbündnis Ebw.) zur beabsichtigten Zusammenlegung der Ausschüsse ABJS + AKSI auf dem Tisch liegt, was leider nicht der Fall ist; er hofft, dass trotzdem alle das Positionspapier vorab per Mail über den Sitzungsdienst erhalten haben
- dankt ausdrücklich d. Kollegen der CDU-Fraktion, insbesondere Fr. Schostan, die bereits gestern im Sozialausschuss ihren Standpunkt zur beabsichtigten Zusammenlegung der Ausschüsse AKSI + ABJS dargelegt hat (gegen eine Zusammenlegung der Ausschüsse)
- dankt dem Bürger aus der heutigen Einwohnerfragestunde, weil er sich ebenfalls gegen eine Zusammenlegung der beiden Ausschüsse aussprach
- hat in Reflektion der Wahlperiode 2008 bis 2014 einige Anmerkungen, was die beiden Ausschüsse betrifft (Behandlung v. unterschiedlichen Themen i. d. Ausschüssen; Ausschüsse hatten qualitativ mehr Wert; Sitzungen wurden an verschiedenen Orten (Kitas/Schulen/Sportvereine) durchgeführt, um diese besser kennenzulernen; Arbeitspläne wurden nur von einigen Fraktionen zugearbeitet etc.)
- kritisiert die Vw, weil sie mit anderen Fraktionen in der Sommerpause „Hinterzimmergespräche“ geführt hat; es wäre besser gewesen, wenn sie ihren Standpunkt zur Zusammenlegung offen dargelegt hätte

TOP 12
Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
TOP 12.1
Vorlage: BV/0275/2016 Einreicher/zuständige Dienststelle:
40 – Amt für Bildung, Jugend und Sport

Richtlinie für die kommunale Förderung des Sports in der Stadt Eberswalde
(1. Lesung)

Herr Herrmann
- wie bereits unter TOP 4 ausgeführt, wird er an der heutigen Diskussion nicht teilnehmen
- bittet die Vw den Sachverhalt zu prüfen

Herr Kuhnke
- hält eine PPP zur Richtlinie (RL) für die kommunale Förderung des Sports in der Stadt Eberswalde **(Anlage 14)**

Frau Friedrich
- mit Stand v. 01.01.2016 sind in Eberswalder Mitgliedsvereinen d. Kreissportbundes Barnim 1.629 Kinder u. Jugendliche registriert; Gibt es eine Zahl darüber, wie viel Kinder- u. Jugendliche insgesamt in der Stadt Eberswalde leben?
- findet es gut, dass jetzt auch an kleinere Vereine gedacht wird, die weniger Mitglieder haben

Herr Gatzlaff
- die Beantwortung der Anfrage wird nachgereicht

Anmerkung der Verwaltung:
Die Prüfung der Jugendkoordinatorin ergab, dass per Stichtag: 19.10.2016 6.160 Kinder u. Jugendliche im Alter von 0 bis 18 Jahren mit Hauptwohnsitz in Eberswalde leben.
(Quelle: Bürgeramt der Stadt Eberswalde)

Herr Zinn
- regt an, in der RL die Formulierung „generationsübergreifend“ anzuwenden, da nicht nur Kinder u. Jugendliche Sport treiben, sondern auch Senioren
- regt weiterhin an, auch wenn das Stadtgebiet die bedürftigen Ortsteile Spechthausen, Sommerfelde u. Tornow betreffen, die Formulierung „Stadtteile“ zu verwenden
- hätte sich bei der RL eine Straffung gewünscht
- findet auch gut, dass jetzt kleinere Sportvereine mitgenommen werden
- in der RL ist festgelegt, welche Unterlagen Sportvereine einreichen müssen, um Geld zu bekommen; Er fragt, welche Kriterien beim Bürgerbudget gelten.
- fragt, ob die Sportlerbälle als kommerzielle Veranstaltung geführt werden, diese aber nicht förderfähig sind

Herr Gatzlaff
- Sportvereine entscheiden alleine, ob sie mit anderen Sportvereinen fusionieren wollen
- die Fusionsprämie sollte ein Anreiz sein, um die Verwaltungskompetenz der Sportvereine zu erhöhen (bei 1.000 Mitgliedern ein hauptamtlicher Funktionär)
- das Bürgerbudget wurde eingeführt, um die Bürgerbeteiligung zu erhöhen, dabei wurde überlegt, wie den Bürgern das Gefühl gegeben werden könnte, dass sie tatsächlich mitbestimmen dürfen; sechs Kriterien wurden erarbeitet (war Konsens zwischen Stadtverordnete u. Vw):
  - das ganze Verfahren soll möglichst einfach sein,
  - die Stadt muss für die beantragte Maßnahme zuständig sein,
  - der Vorschlag muss für die Stadt machbar sein,
  - der Antragsteller muss mindestens 14 Jahre alt sein,
  - der Antrag darf 15 T€ nicht überschreiten,

- ein Begünstigter darf erst wieder in drei Jahren einen neuen Antrag stellen

- RL kann nicht weiter gestrafft werden; es sind auch Rechtsvorschriften einzuhalten
- die Vw schlägt dem Ausschuss vor, die Entscheidungsgrenze von 2 T€ auf 5 T€ zu erhöhen, um d. Arbeitsaufwand für d. Vw gering zu halten → über entsprechende Antragstellungen wird d. Vw selbstverständlich im ABJS informieren
- die Stadtverordneten entscheiden darüber, ob Sportlerbälle gefördert werden sollen

Herr Prof. Creutziger
- bezieht sich auf die Staffelungen für die Fusionsförderung (Seite 3 der RL); Er fragt, wie viel Förderung erfolgen kann in Abhängigkeit von den Mitgliederzahlen des bei der Fusion entstehenden Vereins. Es könnte bspw. 100,00 € pro Mitglied bei der ersten Staffelung (von 150 bis 400 Mitglieder) an den neuen Verein gehen
- die Bereiche der Staffelungen sollten sich nicht überschneiden (entweder 150 – 399 Mitglieder; 400 – 799 Mitglieder oder 150 – 400 Mitglieder; 401 – 800 Mitglieder usw.)

Herr Gatzlaff
- stimmt Herrn Creutziger bei der Staffelung zu; die Vw wird diese abändern
- die Vw hat unter Berücksichtigung d. Arbeitsaufwandes auch überlegt, ob sie einen Betrag pro Mitglied gibt u. der Sportverein weist nach, wie viel Mitglieder es sind; Problem: Zu welchem Stichtag muss d. Sportverein d. Nachweis erbringen?
- die vorliegende Staffelung wurde aus Praktikabilitätsgründen gewählt; sollte eine Staffelung pro Mitglied gewünscht sein, würde dies natürlich auch gehen

Herr Pringal
- findet es auch gut, dass nicht in Sportvereinen organisierte Sportler einen Zuschuss beantragen können u. dass die Kinder- u. Jugendförderung erhöht werden soll (4.072,50 €)
- hat bei der Fusionsprämie Bauchschmerzen; viel zu hoch, pro Kopfprämie wäre besser (vielleicht 25,00 € pro Kopf)
- Stichtag könnte anders geregelt werden; alle Sportvereine melden dem Kreissportbund (KSB) ihre Mitgliederzahl bis zum Jahresende → in RL könnte darauf hingewiesen werden, dass beim KSB d. abgegebene Stichtagszahl die Zahl ist, auf die sich die Fusionsprämie bezieht
- eine höhere Entscheidungsbefugnis (5 T€) lehnt er ab; die Vw könnte aber über die Bezuschussung der Kinder- u. Jugendförderung, die über der momentanen Entscheidungsbefugnis liegt, (2 T€) selbst entscheiden
- die Berechnung für die geplanten Mehrmittel (10.927,50 €) kann er nicht nachvollziehen
- Sportfeste o. andere Maßnahmen sollten im Ausschuss vorgelegt bzw. entschieden werden

Herr Gatzlaff
- in der mittelfristigen HH-Planung sind für die Umsetzung der Sportentwicklungskonzeption 200 T€ enthalten; wird auch wieder so im HH-Planentwurf stehen
- keine Signale von Sportvereinen, dass demnächst Fusionen anstehen

- möchte keine Ausnahmeregelung, was die Betragsgröße für das Einvernehmen angeht (klare, leicht nachvollziehbare Regelungen)

Herr Hartmann
- nicht ohne Grund liegen im Ausschuss so wenige Anträge vor, was womöglich an der Entscheidungsbefugnis (2 T€) liegen könnte, die Sportvereine v. einer Antragstellung abhält → ist vielleicht gut so, die Sportvereine sind damit im Sinne d. Stadt deutlich sparsamer
- die jetzige Entscheidungsbefugnis sollte nicht erhöht werden
- die Fusionsprämie ist spekulativ zu betrachten

Herr Gatzlaff
- teilt die Auffassung v. Herrn Hartmann nicht, was die Entscheidungsbefugnis angeht, weil der Gesamtbetrag für die Sportförderung sowieso mit dem HH entschieden wird
- die Stadtverordneten sollten überlegen, ob die großen Linien der Sportpolitik im Bereich zwischen 2 u. 5 T€ entschieden werden

Frau Kersten
- die 2 T€ Entscheidungsbefugnis sollte beibehalten werden (siehe Fall FinE)
- es ist gegenüber dem Sachbearbeiter auch eine gewisse Sicherheit gegeben, wenn ab einem bestimmten Betrag eine nochmalige Kontrolle erfolgt

Herr Gatzlaff
- weist darauf hin, dass das Rechnungsprüfungsamt ab 2.500,00 € prüft
- regt an, wenn alle Stadtverordneten der Meinung sind, dass die Entscheidungsbefugnis weiterhin bei 2 T€ liegen soll, würde d. Vw dies gleich so in d. RL aufnehmen; bei unterschiedlicher Auffassung bleibt die Vorlage so wie sie vorliegt; diejenigen Ausschussmitglieder, die die 2 T€ beibehalten wollen, müssten einen Änderungsantrag stellen

TOP 12.2
Vorlage: BV/0335/2016 Einreicher/zuständige Dienststelle:
02.22 – Jugendkoordinatorin

Vergabe der Trägerschaft für die Sozialarbeit an der Grundschule "Schwärzesee"

Frau Friedrich
- regt an, für die „Springerposition“ ein anderes Wort zu verwenden
- fragt, warum die Trägerschaft an zwei Vereine vergeben werden soll

Herr Herrmann
- sagt zu Fr. Friedrich, dass sie wohl nur zu Themen sprechen darf, wenn diese Seniorenbereiche betreffen; die Anregung/Frage können heute nur so hingenommen werden
- bittet die Vw den Sachverhalt zu prüfen

Anmerkung der Verwaltung:
Die Prüfung ergab Folgendes: Die Rechte der Beiräte sind im Wesentlichen in der städtischen Hauptsatzung und Geschäftsordnung geregelt. Danach besteht kein Anrecht auf die Teilnahme von Beiratsmitgliedern im nicht öffentlichen Teil.
Die städtische Hauptsatzung sagt zum Sachverhalt Beteiligung von Beiratsmitgliedern an Diskussionen: „Dem Seniorenbeirat ist Gelegenheit zu geben, zu Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf die Seniorinnen und Senioren der Stadt Eberswalde haben, gegenüber der Stadtverordnetenversammlung und den Ausschüssen Stellung zu nehmen. Der Seniorenbeirat nimmt das Recht wahr, indem er sich an die Vorsitzende/den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung oder des Ausschusses wendet und seinen Standpunkt schriftlich darlegt. Der Vorsitzende/die Vorsitzende unterrichtet die Stadtverordnetenversammlung oder den Ausschuss hierüber in geeigneter Weise und kann dem Seniorenbeirat Gelegenheit bieten, den abweichenden Standpunkt in einer nächsten Sitzung persönlich vorzutragen.“
Ganz so eng wurde das in Vergangenheit nicht gehandhabt - statt einer vorherigen schriftlichen Darlegung konnte der Seniorenbeirat aktuell mündlich, aber auf Aufforderung des Vorsitzenden Stellung nehmen. Dass Seniorenbeiratsmitglieder zu jedem beliebigen Thema Stellung nehmen kann, ist nicht vorgesehen.

Herr Zinn
- fragt, ob aus beiden Angeboten der inhaltliche Aspekt heraus genommen werden könnte, um ihn den Stadtverordneten zur Verfügung zu stellen insbesondere denjenigen, die immer so große Vorbehalte gegenüber der Schulsozialarbeit haben
- seine Anmerkungen beziehen sich auf alle drei Vorlagen
- seine Fraktion (Alternatives Wählerbündnis Ebw.) wird heute unter Vorbehalt den Vorlagen zustimmen
- regt an, sich in der HH-Debatte noch einmal über eine Erhöhung des Stundenkontingents (40 Std.) für die GS Finow u. GS Bruno H. Bürgel zu verständigen
- zum Leistungsvertrag, Pkt. 3.10 (Fort- u. Weiterbildungen der Fachkräfte); ihn interessiert, ob in den Ferien überhaupt solche Angebote nutzbar sind bzw. zur Verfügung stehen.
- regt an, im Leistungsvertrag auf das Brandenburgische Weiterbildungsgesetz hinzuweisen
- regt eine interkulturelle Sprachkompetenz in der Sozialarbeit an

Herr Gatzlaff
- Schulsozialarbeiterinnen können in d. Ferien Fort- u. Weiterbildungen nutzen; die sie selber aussuchen; Träger hat keinen Einfluss darauf

Herr Otto
- zum Leistungsvertrag, Pkt. 5.8 (krankheitsbedingte Ausfallzeiten): Er fragt, ob ermittelt werden kann, wenn d. Stadt für die Ausfallzeiten Ersatz dazu bekäme.

Herr Gatzlaff
- im Ausschuss wurde bereits darüber gesprochen, dass die Ausfallzeiten bei Urlaub/Krankheit durch die Springerfunktion abgedeckt werden

Frau Schostan
- würde gerne für die Schulleiterin, Frau Billing, das Rederecht beantragen wollen; sie könnte sich in dieser Angelegenheit äußern, wenn sie es möchte

Frau Billing
- erklärt sich bereit, sich in dieser Angelegenheit zu äußern

Herr Herrmann
- stellt das Rederecht für Frau Billing zur Abstimmung
- dem Rederecht für Frau Billing wird **einstimmig zugestimmt**

Frau Billing
- führt aus, dass es eben in der Diskussion um Krankheits- bzw. Urlaubsvertretungen von Schulsozialarbeitern ging, während sie gerade an ihrer Schule mit sehr, sehr vielen Ausfällen von Lehrkräften auskommen müssen (108 Std. wöchentlich)
- hält eine Krankheitsvertretung für Schulsozialarbeiter für schwierig
- die Schulsozialarbeiterin an ihrer Schule ist selten krank
- Sozialarbeit hängt immer mit Personen zusammen (Vertrauen, Stabilität, Kontinuität) → Kinder + Eltern müssen Vertrauen aufbauen
- ein Ersatz für Lehrkräfte wird dringender benötigt als eine Krankheitsvertretung für einen Schulsozialarbeiter

Herr Herrmann
- bittet um die Abstimmung der Vorlage

Abstimmungsergebnis zur Vorlage: - einstimmig befürwortet -

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt dem Hauptausschuss folgende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, die Trägerschaft für die Sozialarbeit an der Grundschule „Schwärzesee“ an die Kinder-, Jugend- und Seniorenhilfe in Buckow gGmbH zu vergeben, und beauftragt die Verwaltung, den entsprechenden Leistungsvertrag gemäß Anlage mit dem Träger abzuschließen.
Darüber hinaus erhält die Verwaltung den Auftrag, die erforderlichen Aufwendungen für die Sozialarbeit an der Grundschule „Schwärzesee“ im Haushalt für die Jahre 2017 ff. zu veranschlagen.

TOP 12.3
Vorlage: BV/0336/2016 Einreicher/zuständige Dienststelle:
02.22 – Jugendkoordinatorin

Vergabe der Trägerschaft für die Sozialarbeit an der Grundschule Finow

Abstimmungsergebnis zur Vorlage: - einstimmig befürwortet -

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt dem Hauptausschuss folgende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, die Trägerschaft für die Sozialarbeit an der Grundschule Finow an den Berufsbildungsverein Eberswalde e. V. zu vergeben, und beauftragt die Verwaltung, den entsprechenden Leistungsvertrag gemäß Anlage mit dem Träger abzuschließen.
Darüber hinaus erhält die Verwaltung den Auftrag, die erforderlichen Aufwendungen für die Sozialarbeit an der Grundschule Finow im Haushalt für die Jahre 2017 ff. zu veranschlagen.

TOP 12.4
Vorlage: BV/0337/2016 Einreicher/zuständige Dienststelle:
02.22 – Jugendkoordinatorin

Vergabe der Trägerschaft für die Sozialarbeit an den städtischen Grundschulen in einer Springerposition mit Hauptstandort an der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule im Wechsel mit der Grundschule Finow und der Grundschule „Schwärzesee“

Abstimmungsergebnis zur Vorlage: - einstimmig befürwortet -

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt dem Hauptausschuss folgende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, die Trägerschaft für die Sozialarbeit an den städtischen Grundschulen in einer Springerposition an den Berufsbildungsverein Eberswalde e. V. zu vergeben, und beauftragt die Verwaltung, den entsprechenden Leistungsvertrag gemäß Anlage mit dem Träger abzuschließen.
Darüber hinaus erhält die Verwaltung den Auftrag, die erforderlichen Aufwendungen für die Sozialarbeit an den 3 städtischen Grundschulen im Haushalt für die Jahre 2017 ff. zu veranschlagen.

Herr Gatzlaff
- eine Zwischenfrage: die drei Vorlagen (Schulsozialarbeit) stehen auch im Hauptausschuss (HA) auf der TO; er kann nicht teilnehmen, da er im Urlaub ist
- fragt, ob es in Anbetracht des positiven Abstimmungsergebnisses unbedingt erforderlich ist, dass Frau Forster-König an dem HA teilnimmt, da sie Mutter eines Kleinkindes ist → vielleicht könnte der Sachverhalt in den Fraktionen kommuniziert werden
- eine kurze Info. an Fr. Forster-König wäre schön

Herr Herrmann
- bittet die Ausschussmitgl., in ihren Fraktionen den Sachverhalt zu besprechen und Fr. Forster-König ggf. ein Signal zu geben, ob eine Teilnahme erforderlich ist

Herr Herrmann beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:40 Uhr.

G. Herrmann
stellv. Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport

Berg
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurde der kursiv dargestellte Wortbeitrag mit in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender:**
  Lutz Landmann — vertreten durch Herrn Jede

- **Stellvertreter des Vorsitzenden:**
  Götz Herrmann

- **Ausschussmitglied**
  Prof. Johannes Creutziger
  Dr. Ulrike Hoffmann
  Irene Kersten
  Dr. med. Sabine Klavehn — vertreten durch Herrn Hoeck
  Hans Pieper
  Roy Pringal
  Monique Schostan
  Carsten Zinn

- **sachkundige Einwohner/innen:**
  Stefan Ansorg — entschuldigt
  Tobias Balje
  Marion Daht — entschuldigt
  Ronny Hartmann
  Ralf Kaiser
  Elke Lewerenz — entschuldigt
  Prof. Dr. Heike Molitor — entschuldigt
  Michael Otto
  Stefan Schmiedel
  Mirko Wolfgramm
  Jörg Zaumseil

- **Dezernent/in:**
  Bellay Gatzlaff

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung:**
  Monika Friedrich
  Stefan Schmiedel

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen:**
  Katrin Forster-König
  Bernd Kuhnke
  Kerstin Ladewig

- **Gäste:**

Anke Billing	zu TOP 12.2
Dunja Schwarz-Fink	zu TOP 10
Anke Sieber	zu TOP 10